

Bezugs-Preis
für das Hauptgebäude oder deren Ausgaben abgezahlt: vierzig Groschen 4 8.— bei
gewöhnlicher Zahlung 24 Kärtchen ins Haus.
A 875. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierzig Groschen 4 40.— für
die übrigen Länder laut Zeitungssprüche.

Redaktion und Expedition:

Johanniskirche 8.

Gemünderstrasse 188 und 222.

Abonnementen:

Albertinum, Sachsenring, Universitätsstrasse, 8.
S. 250, Sachsenstrasse 14, u. Königsgasse 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Gelehrte Strasse 6.

Gemünderstrasse 1 u. Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:
Graf-Dunker-Haus, Dresdnerstrasse 10.
Märkisches Ufer 10.
Gemünderstrasse VI Nr. 4003.

Nr. 69.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

Die eingehaltenen Zeitzeile 25 S.
Reklamen unter dem Reklameneinheit
(gepaßt) 75 S., vor den Familienanzei-
gen (gepaßt) 50 S.
Tobakreicher und Pfeifenloch entsprechend
höher. — Gedächtnis für Nachstellungen und
Erfahrungsaufnahme 25 S. (gepaßt).
Gute Verlagen geläßt zur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Zeitverzerrung
4 50.— mit Zeitverzerrung 4 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Sonnabend 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittag 4 Uhr.

Anzeigen sind bitte an die Expedition
zu richten.
Die Expedition ist montags ununterbrochen
geschlossen von früh 8 bis spät 7 Uhr.

Druk und Verlag von E. Volz in Leipzig.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 7. Februar.

Und dem Reichstage.

Nach der gesetzlichen Eröffnung des Reichstages konnte Graf Bülow mit dem beruhigenden Beweis leisten, daß ihm sein Gehalt unverhüllt bewilligt worden, nachdem Reichstagsabgeordnete durchdringen zu wollen. Freilich hat er vier Tage darum streiten müssen, während er im verflossenen Jahre schon nach drei Stunden das Ziel erreicht hatte. Aber er darf sich sagen, daß er an der überlängigen Debatte nur infolge einer Schwäche trat, als er seit der vorigen Erwiderung zu Schritten genötigt war, die nicht ohne parlamentarischen Nachhall bleiben konnten. Den Hauptripelat an der Schulde trug das Haus, dessen fleißige Mitglieder einen früheren Schluß der Debatten nicht herstellen konnten, weil sie seit dem beschlußunfähigen Jahr anwanden waren und daher befürchten mußten, einen am Neben verhinderten Kollegen zur Abweitung der Beschlusshäufigkeit anzuregen. Gestern bestand der Kanzler das legte Wort, und dieses war aus mehr als einem Grunde bemerkenswert. Erstens duldete Graf Bülow vom Abg. Liebermann von Sonnenberg dazu angeregt, die Legende, daß Rückflüsse auf England den Empfang der Botschaften verhindert hätten, und dann verteidigte er einen Vortrag des Landräters Dr. Doeckle. Doch er darf selbst einige Stütze ausspielen, konnte bei den Rats des Angriffs nicht ausbleiben. Aber weiter, als zu einem etwas boshaften Vergleich zwischen dem Deutschen Landwirtschaftsrat und dem Bunde — er nannte jene Adversität einen „Freund ehrlicher Landwirte“ — ließ es sich nicht durchsetzen. Von einem Jettinek des Reichstags zwischen ihm und den Bundesführern war nicht die Rede, so sogar seiner Vergleich wurde abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzusehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Technisches ist für die in Aussicht stehende Vorlage heilig, die zu einem unangemessenen Aufwand führt. Nach dem, was bisher über dieselbe an die Öffentlichkeit gelangt ist, ist vorzuschreiben, daß die Sozialdemokratie im Reichstag an die Stelle der besonderen Kaufmannsgerichte die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Angehörigen im Handelsgewerbe verhindern möge, um die von ihnen seit bebaueter Proletarierung des Standes der Handelsgewerbe gemehrten Anzahl an gesetzlichen Ausdruck zu bringen. Jedoch wird es bei diesen Befreiungen ohne ein aus dem Klassestand nicht abheben. Weiterhin darf der Bundesrat die Beratung der so lange hinausgeschobenen Novellen zum Krankenversicherungsgesetz erledigen. Die Inhalt darf im Reichstag somit ernstlich betrachtet werden. Umso mehr aber werden die Meinungen über das entzweideutige und zweideutige Material des Gesetzes auf England den Empfang der Botschaften verhindert hätten, und dann verteidigte er einen Vortrag des Landräters Dr. Doeckle. Doch er darf selbst einige Stütze ausspielen, konnte bei den Rats des Angriffs nicht ausbleiben. Aber weiter, als zu einem etwas boshaften Vergleich zwischen dem Deutschen Landwirtschaftsrat und dem Bunde — er nannte jene Adversität einen „Freund ehrlicher Landwirte“ — ließ es sich nicht durchsetzen. Von einem Jettinek des Reichstags zwischen ihm und den Bundesführern war nicht die Rede, so sogar seiner Vergleich wurde abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzusehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Technisches ist für die in Aussicht stehende Vorlage heilig, die zu einem unangemessenen Aufwand führt. Nach dem, was bisher über dieselbe an die Öffentlichkeit gelangt ist, ist vorzuschreiben, daß die Sozialdemokratie im Reichstag an die Stelle der besonderen Kaufmannsgerichte die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Angehörigen im Handelsgewerbe verhindern möge, um die von ihnen seit bebaueter Proletarierung des Standes der Handelsgewerbe gemehrten Anzahl an gesetzlichen Ausdruck zu bringen. Jedoch wird es bei diesen Befreiungen ohne ein aus dem Klassestand nicht abheben. Weiterhin darf der Bundesrat die Beratung der so lange hinausgeschobenen Novellen zum Krankenversicherungsgesetz erledigen. Die Inhalt darf im Reichstag somit ernstlich betrachtet werden. Umso mehr aber werden die Meinungen über das entzweideutige und zweideutige Material des Gesetzes auf England den Empfang der Botschaften verhindert hätten, und dann verteidigte er einen Vortrag des Landräters Dr. Doeckle. Doch er darf selbst einige Stütze ausspielen, konnte bei den Rats des Angriffs nicht ausbleiben. Aber weiter, als zu einem etwas boshaften Vergleich zwischen dem Deutschen Landwirtschaftsrat und dem Bunde — er nannte jene Adversität einen „Freund ehrlicher Landwirte“ — ließ es sich nicht durchsetzen. Von einem Jettinek des Reichstags zwischen ihm und den Bundesführern war nicht die Rede, so sogar seiner Vergleich wurde abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzusehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Der Fall v. Württemberg im altpreußischer Tradition. Die parlamentarische Erörterung des Falles v. Württemberg hat abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzusehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Der Fall v. Württemberg im altpreußischer Tradition.

Die parlamentarische Erörterung des Falles v. Württemberg hat abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzesehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Der Fall v. Württemberg im altpreußischer Tradition.

Die parlamentarische Erörterung des Falles v. Württemberg hat abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzesehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Der Fall v. Württemberg im altpreußischer Tradition.

Die parlamentarische Erörterung des Falles v. Württemberg hat abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzesehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Der Fall v. Württemberg im altpreußischer Tradition.

Die parlamentarische Erörterung des Falles v. Württemberg hat abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzesehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Der Fall v. Württemberg im altpreußischer Tradition.

Die parlamentarische Erörterung des Falles v. Württemberg hat abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzesehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Der Fall v. Württemberg im altpreußischer Tradition.

Die parlamentarische Erörterung des Falles v. Württemberg hat abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten, auch an die Einheit der Bundesmitglieder wendete. Ob ihm dieser Appell etwas näher wird, ist freilich sehr fraglich. Da heute das Martinius des Grafen Posadowsky beginnt, dem die Bündler und ihre freiwillig-unfreiwilligen Verbündeten ihr Vertrauen fast noch mehr als dem Kanzler gewähren haben, so ist es nicht allzu wahrscheinlich, daß der Staatssekretär des Innern leichter und rascher zur Bewilligung seines Gesetzes kommen werde, als der Kanzler zur Genehmigung des feindlichen. Dadurch erhoffen sich freilich wenig trübselige Aussichten. Im bisherigen Tempo fortgesetzt, werden die Quiddibben kaum rechtzeitig zu Ende geführt werden können. Es möchte denn gehen wie immer: zuerst langsame Schrift, zuletzt hastiger Galopp. Aber auch in diesem Falle ist nicht abzesehen, wie der Reichstag die außer dem Ratstag zu bewältigende Vorlagen erledigen soll. Bezuglich des Geleitentwurfs zur Sicherung der Wahlfreiheit vertritt man in freilich eine sehr glatte Erledigung. Die fast überstiegenen Bedenken, die im konservativen Lager gegen diese Neuerung geltend gemacht werden, werden in der Generaldebatte sicher zu schärem Auditorium gelangen; aber eine Änderung der Vorlage im Einzelnen wird von dieser Seite kaum verhindert werden. Daogen ist noch keineswegs gewollt, daß nicht von der radikalen Linken hier ein solcher Versuch unternommen werden wird.

Der Fall v. Württemberg im altpreußischer Tradition.

Die parlamentarische Erörterung des Falles v. Württemberg hat abgemildert dadurch, daß der Kanzler sich mit der Baste, doch endlich die detaillierten Befehls- und Handelsverträge zu unterlassen, damit nicht die fremden Unterhändler allzu genau in unsere Räder bilden könnten